

Raketenabwehr-Test erfolgreich

WASHINGTON: Die USA haben ihr umstrittenes Raketenabwehrsystem erneut erfolgreich einem Test unterzogen. Eine Abfangrakete traf nach Angaben des Pentagons am Samstag wie vorgesehen über dem Pazifik einen Übungssprengkopf. Der stellvertretende US-Verteidigungsminister Paul Wolfowitz betonte, es habe sich nicht um einen realistischen Test gehandelt. Die Rakete wurde von der Meck-Insel in der Nähe des Äquators abgefeuert, der Übungssprengkopf vom rund 7700 Kilometer entfernten Luftwaffenstützpunkt Vandenberg in Kalifornien. Auf seinem Weg setzte der Sprengkopf drei Ballone frei, um zu prüfen, ob die Abfangrakete davon in die Irre geleitet würde. Die Rakete spürte den Sprengkopf jedoch planmässig auf und zerstörte ihn, wie es in einer Erklärung des US-Verteidigungsministeriums hiess. Es war der bisher umfassendste Versuch eines landgestützten Abwehrsystems.

Robert Mugabe als Präsident vereidigt



HARARE: Rund eine Woche nach seinem umstrittenen Wahlsieg ist der simbabwische Präsident Robert Mugabe am Sonntag für eine weitere sechsjährige Amtszeit vereidigt worden. Der 78-Jährige sagte nach der Zeremonie, er werde die Gesetze Simbawes achten. Die afrikanischen Staaten forderten er auf, ihn gegen feindlich gesinnte westliche Nationen zu unterstützen. Mugabe, der Simbabwe seit der Unabhängigkeit von Grossbritannien 1980 regiert, gewann die Wahl nach amtlichen Angaben mit 56 Prozent der Stimmen. Die Opposition sprach von Manipulation. Die 57 Abgeordneten der Bewegung für Demokratischen Wandel (MDC) von Mugabes Herausforderer Morgan Tsvangirai boykottierten die Vereidigung. Die Opposition berichtete über zunehmende Racheakte von regierungstreuen Banden.

US-Pläne stossen auf Widerstand

DSCHIDDA: Bei seiner Reise durch elf Staaten des Nahen Ostens hat US-Vizepräsident Richard Cheney bislang keine Unterstützung für einen möglichen Angriff gegen Irak erhalten. Kurz nach seiner Ankunft in Bahrain erklärte er aber am Sonntag, er werde sich trotz der Kritik während seiner Reise weiter auf Irak konzentrieren. Saudi-Arabien hatte sich am Samstag strikt gegen einen Angriff auf Ziele in Irak ausgesprochen. Heute Montag wird Cheney in Kuwait erwartet, einem wichtigen Verbündeten der USA in der Region. In Bahrain sagte Cheney, bislang habe US-Präsident George W. Bush keine Entscheidung bezüglich einer möglichen Offensive gegen Irak getroffen. Die wirkliche Frage sei doch, warum der irakische Staatschef Saddam Hussein sich nicht an UN-Resolutionen halte und UN-Waffeninspektoren die Einreise verweigere. Später kam Cheney zu Gesprächen mit dem König von Bahrain, Scheich Hamad bin Isa El Chalifa, und einigen Kabinettsmitgliedern zusammen. Der kuwaitische Aussenminister erklärte, er hoffe, es werde keine Angriffe auf Ziele in Irak geben, damit das irakische Volk nicht leiden müsse.

Liberalisierung kommt voran

EU-Gipfel beschliesst Öffnung bei Gas und Strom - Druck auf Israel erhöht

BARCELONA: Die Liberalisierung der EU-Märkte kommt langsam aber sicher voran. Die Staats- und Regierungschefs verständigten sich auf ihrem Gipfel in Barcelona am Wochenende auf eine weitere Öffnung der Märkte für Strom und Gas. Danach können Geschäftskunden ihre Anbieter in diesen Segmenten von 2004 an frei wählen. Ein Beschluss zur Öffnung dieser Märkte für Privatkunden soll bis zum Frühjahrsgipfel 2003 fallen.

«Ich habe vor dem Gipfel gesagt, die Richtung muss stimmen, und das ist erreicht worden», sagte der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder. Der spanische Ministerpräsident und amtierende EU-Ratsvorsitzende Jose Maria Aznar sprach von einem «fundamentalen Schritt». Mit der Öffnung für Geschäftskunden sind nach EU-Angaben bereits 60 Prozent der EU-Gas- und Strommärkte liberalisiert.

Widerstand Frankreichs

Frankreich hatte sich lange Zeit einer EU-Richtlinie zur Öffnung der Energiemärkte widersetzt, dann aber einer Liberalisierung für Geschäftskunden zugestimmt. Nach dem ursprünglichen Plan sollte der Strommarkt für Geschäftskunden bereits im kommenden Jahr geöffnet werden, der Gasmarkt ein Jahr später. Deutschland strebte eine vollständige Liberalisierung an.

Ein weiterer Beschluss zur Öffnung der Märkte für Privatkunden soll nach



Ernstes Minen: der spanische Ministerpräsident und amtierende EU-Ratsvorsitzende Jose Maria Aznar (links) und Frankreichs Staatspräsident Jaques Chirac am EU-Gipfel in Barcelona. (Bild: Keystone)

der Entscheidung die «Versorgungssicherheit und insbesondere den Schutz bedürftiger Bevölkerungsgruppen» berücksichtigen. Zudem solle in jedem Mitgliedstaat ein Regulierungsmechanismus geschaffen werden, mit dem Ziel, die Bedingungen für die Festsetzung von Tarifen zu überwachen.

Zudem beauftragte der Gipfel die Verkehrsminister, bei ihrer nächsten Sitzung die Finanzierung des Satelliten-Navigationssystems «Galileo» zu beschliessen. Für die Inbetriebnahme

des Systems werden insgesamt 3,2 Milliarden Euro veranschlagt. Darüber hinaus übte der Gipfel heftige Kritik an der US-Entscheidung, die Zölle auf Stahl zu erhöhen.

Druck auf Israel erhöht

In einer Erklärung zum Nahost-Konflikt rief der Gipfel die Konfliktparteien auf, das Blutvergiessen unverzüglich zu beenden. «Eine militärische Lösung für den Konflikt gibt es nicht.» Zugleich forderte die EU eine unbe-

schränkte Bewegungsfreiheit für den palästinensischen Präsidenten Jassir Arafat und begrüsst die Vermittlungsmission des US-Gesandten Anthony Zinni. Israel müsse ungeachtet seines Rechts, den Terrorismus zu bekämpfen, unverzüglich seine Streitkräfte aus den Autonomiegebieten zurückziehen, hiess es weiter. Unter dem Eindruck der Präsidentschaftswahl in Simbabwe behält sich die EU weitere Sanktionen gegen das südafrikanische Land vor.



Grossaufmarsch für Rentenalter 60

Über 10 000 Personen demonstrierten in Bern

BERN: Mehr als 10 000 Menschen haben am Samstagnachmittag in Bern für ein Rentenalter 60 im Baugewerbe demonstriert. Das Rentenalter 60 müsse schwarz auf weiss im neuen Landesmantelvertrag festgeschrieben sein, forderte GBI-Zentralpräsident Vasco Pedrina. Die Baumeister bezeichnen das Modell als nicht finanzierbar.

Mit der von der Gewerkschaft Bau und Industrie (GBI) organisierten nationalen Kundgebung auf dem Bundesplatz wollten die Bauarbeiter Kampfbereitschaft zeigen und klar machen, dass sie zum Streik bereit sind. 9083

Bauarbeiter hätten sich in einer schriftlichen Konsultativabstimmung während der Manifestation dafür ausgesprochen, den Kampf nach dem Auslaufen des geltenden Landesmantelvertrags Ende dieses Monats auch mit dem Mittel des Streiks fortzusetzen, teilte die Gewerkschaft GBI mit. 33 hätten sich gegen Streiks ausgesprochen. Zentrale Forderung der Gewerkschaften im neuen Landesmantelvertrag ist die Verwirklichung der Frühpensionierung für alle Bauarbeiter mit 60 in den nächsten drei Jahren sowie eine Lohnerhöhung von 120 Franken.

Panik in der Kirche

Terroranschlag in Pakistan: fünf Tote

ISLAMABAD: Bei einem Terroranschlag auf eine Kirche im Diplomatenviertel der pakistanischen Hauptstadt Islamabad sind 5 Menschen getötet und mehr als 40 verletzt worden. Unter den Verletzten ist auch eine Schweizerin.

Zum Gottesdienst in der protestantischen internationalen Kirche, die einen Kilometer von der US-Botschaft entfernt liegt, waren 70 Gläubige gekommen. Ein oder zwei Täter warfen sechs Handgranaten in das Gotteshaus, von denen zwei nicht explodierten. Unter den Betenden brach Panik aus. Bei den meisten Opfern handelt es sich um Ausländer. Unter den Toten sind die Frau und die Tochter eines US-Diplomaten, eine Pakistanerin und eine Afghanin. Mehrere Verletzte schwebten in Lebensgefahr. Der Zu-

stand der mit einem Ausländer verheirateten Schweizerin sei nach ersten Informationen nicht beunruhigend, sagte Ruedi Christen, Pressesprecher des Eidgenössischen Departements für Auswärtige Angelegenheiten (EDA), am Sonntag.

Die Täter waren zunächst unbekannt. Wegen der Unterstützung Pakistans für die USA beim Kampf gegen Osama bin Laden in Afghanistan waren Anschläge extremistischer Moslems befürchtet worden. Pakistans Militärmachthaber Pervez Musharraf sprach von einem Versuch, dem Ansehen Pakistans zu schaden. Der Anschlag werde seine Regierung nicht davon abhalten, weiter den Terrorismus zu bekämpfen, versicherte Musharraf.

Der amerikanische Präsident George W. Bush zeigte sich am Sonntag empört über den Anschlag.

«Operation Anaconda» im Wesentlichen beendet

BAGRAM: Die Offensive der USA und ihrer Verbündeten im Osten Afghanistans ist nach Militärangaben im Wesentlichen abgeschlossen. Nach zwei Wochen Einsatz werde die «Operation Anaconda» nun zurück gefahren, sagte ein US-Militärsprecher am Sonntag in Bagram.

Die Aufmerksamkeit richte sich auf andere Gegenden Afghanistans, sagte Major Bryan Hilferty. Diese liegen nach Informationen der «Washington Post» im Süden und Osten. Die Zeitung berichtete am Sonntag, die USA und ihre Verbündeten konzentrierten ihre Aufmerksamkeit auf mehrere Ansammlungen von Freischärlern im Osten und im Süden. Das seien die neuen Einsatzziele.

Unter Berufung auf US-Generalmajor Franklin Hagenbeck berichtete

das Blatt, zur Auswahl stünden Angriffe mit überwiegend afghanischen Soldaten, der Einsatz von vorwiegend amerikanischen Spezialeinheiten und Luftangriffe. Einen zeitlichen Rahmen wollte er nicht nennen.

Die Regierung in Kabul glaubt, dass Taliban und El Kaida darauf lauern, wieder an die Macht zu kommen. Das afghanische Aussenministerium sagte, die Schlacht von Schahi Kot habe möglicherweise die «grösste und bedrohlichste» Gruppe Freischärler vernichtet. Doch in anderen Teilen des Landes versuchten sich Taliban- und El-Kaida-Kämpfer neu zu formieren. Ein Sprecher sagte, wo genau das geschehe, müsse noch festgestellt werden. Es handle sich aber gewiss um «entlegene und räumlich weit auseinander liegende Gegenden im ganzen Land».